

**Rede
des stellv. Fraktionsvorsitzenden und Sprechers für
Atompolitik**

Marcus Bosse, MdL

zu TOP Nr. 26a

Fragestunde

**Suche nach einem Standort für hoch radioaktiven
Abfall - Information und Beteiligung der Bürgerinnen
und Bürger in Niedersachsen**

Anfrage der Fraktion der SPD - Drs. 18/10167

während der Plenarsitzung vom 11.11.2021
im Niedersächsischen Landtag

Es gilt das gesprochene Wort.

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Ich bin Minister Lies ausdrücklich dankbar dafür, dass er dargestellt hat, dass die Lagerung von hoch radioaktivem Müll eine nationale Aufgabe ist. Das gilt - und muss auch gelten - für die 30 Staaten, in denen noch über 400 Atomkraftwerke in Betrieb sind, wobei jedoch weltweit noch kein Endlager für hoch radioaktiven Müll aufgebaut worden ist. Nirgendwo wird zurzeit hoch radioaktiver Müll eingelagert.

Ich erinnere mich an Debatten im alten Plenarsaal, die Opposition und Regierungsfractionen in aller Schärfe geführt haben. Ich bin gleichzeitig aber auch dankbar und froh, dass wir alle sozusagen von den Bäumen heruntergekommen sind, dass der Bundestag das Standortauswahlgesetz 2013 fraktionsübergreifend beschlossen hat und dass der Niedersächsische Landtag im Oktober bekräftigt hat, dass Niedersachsen Verantwortung trägt. Das gilt nicht nur für die Abgeordneten, sondern auch für die Regionen. Es muss natürlich auch für die anderen Bundesländer gelten, wobei wir durchaus wissen, dass sich einige Bundesländer insbesondere im Süden Deutschlands an dieser Stelle wegducken oder sich zumindest nicht mit Ruhm bekleckern.

Klar ist, dass das ein extrem langer Prozess ist, der erst 2013 gestartet ist. Bei unseren Reisen nach Finnland, Frankreich und auch in die Schweiz wurde beispielsweise deutlich, dass Finnland Mitte der 70er-Jahre damit begonnen hat, nach einem Endlagerstandort zu suchen. Der Standort Gorleben war lange Zeit ein Zwistapfel. Es wurde versucht, ihn politisch durchzudrücken. Dadurch haben wir viele Jahre - letzten Endes sogar Jahrzehnte - verloren. Das war schlecht.

2013 hat unsere Endlagersuche begonnen. Es mag für viele ein ganz langer Prozess sein, bis zum Jahr 2031 einen Standort zu suchen. Aber wenn man über die Grenzen hinweg schaut, stellt man fest, dass andere Länder es nicht anders machen. Meines Wissens wollen sich die Niederländer über 100 Jahre Zeit für die Suche nach einem Standort nehmen, bevor letzten Endes eingelagert wird. Für die jeweiligen AKWs heißt das, dass sie mit hoch radioaktiven Abfällen volllaufen oder überquellen.

Ich schaue an dieser Stelle auch zu dem Kollegen Watermann. Wir alle wissen, wo der hoch radioaktive Müll zurzeit lagert. Er lagert in Gorleben - quasi vor der Kartoffelscheune, wie mir mal jemand sagte - und auch an den alten bzw. jetzigen AKW-Standorten, die jetzt Gott sei Dank nach und nach außer Betrieb genommen werden. 2022 wird das letzte AKW abgeschaltet. Nichtsdestotrotz steht die gefährliche Fracht noch immer an den jeweiligen Standorten.

Für den Abfall muss in transparenter Weise ein Standort gesucht werden, der sicher ist. Dieser 2013 vorgenommene Neustart wird Zeit in Anspruch nehmen. Darum ist es gut und auch wichtig, dass die junge Generation intensiv mit

eingebunden wird. Wir können davon ausgehen, dass einige, die hier sitzen, nicht mehr miterleben werden, dass eingelagert wird. Ich würde dies allen wünschen, aber gehe davon aus, dass es nicht dazu kommen wird.

Das aktuelle Verfahren hat zu einer langfristigen Befriedung des gesamten Prozesses beigetragen. Die Bundesrepublik und die Länder sind sich einig darin, hier Verantwortung zu übernehmen.

Auch bedarf es eines breiten Beteiligungsprozesses. Ich stimme der Kollegin Staudte voll und ganz darin zu, dass versucht werden muss, diesen Prozess in eine noch breitere Öffentlichkeit zu tragen. Aber wir erleben ganz häufig, dass solche Diskussionen nur partiell direkt vor Ort geführt werden, wo es die Leute unmittelbar betrifft - beispielsweise bei mir um die Ecke, was den Beleuchtungsprozess im Bereich der Asse betrifft, beim Kollegen Klein mit Blick auf den Schacht Konrad oder bei der Kollegin Tippelt im Kreis Holzminden hinsichtlich Würgassen. Dort werden intensive Diskussionen geführt.

Aber ich denke, es ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, der wir uns widmen muss und der sich auch die Gesellschaft widmen muss. Darum denke ich, es wäre gut, den Vorschlag aufzunehmen, dieses Thema auch in die Schulen zu tragen. Denn das „Zeug“ liegt zwar sozusagen irgendwo unter der Erde verbuddelt, aber wir müssen den nachfolgenden Generationen auch irgendwie mitteilen, was da liegt und wo es liegt.

Der Bau der Pyramiden ist etwa 3.000 bis 4.000 Jahre her. Niemand weiß, aus welchem Grund sie gebaut wurden. Wir müssen solches Wissen vermitteln. Wir sprechen über einen Zeitraum von 1 Million Jahre. 1 Million Jahre Sicherheit - das ist eine riesige Herausforderung. Darum sollte und muss sich die gesamte Bundesrepublik Deutschland mit allen ihren Ländern an ihrer Bewältigung beteiligen. Dafür wäre ich sehr dankbar.

Ich danke der Landesregierung für die intensive Beantwortung der Fragen.

Herzlichen Dank.